

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Feiertagen. Der Abonnement-  
preis beträgt bei Lieferung durch die  
Botenfrei ins Haus monatlich 14 M.R.  
Redaktion: Johannisstraße 46.  
Telefon 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die  
achtgepaarte Befizelle oder deren  
Raum 3,00 M.R., Versammlungs-,  
Arbeits- und Wohnungsanzeigen  
2,50 M.R., Reklamen 1,00 M.R.  
Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.  
Telefon 926.

# STADTZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

## SPK 1922

Nummer 25.

Mittwoch, den 29. März 1922.

29. Jahrgang.

## Wirths Antwort.

### Reichstag.

196. Sitzung am Dienstag, 28. März, nachm. 2 Uhr.

Am Regierungssitz Reichskanzler Dr. Wirth, Dr. Rathenau, Bauer, Geßler, Dr. Hermes, Gröner, Brauns, Dr. Radbruch, Giesberts.

Das Haus ich gut belebt, die Tribünen überfüllt.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Gegenstand:

### Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Die Sitzungen des Reichstages waren in der vergangenen Woche mit den Beratungen über die neuen Steuergesetze ausgefüllt. Die Bezeichnung „Steuerkompromiß“ für die im Mantelprojekt zusammengefassten Steuern heißt, daß es erst nach vielen Bemühungen zu einer Einigung in der Steuerarbeit kam. Man kann wohl mit Recht das Steuerkompromiß einen Bestandteil unserer auswärtigen Politik nennen. (Zustimmung.) Jede Sitzung von innen und außen, die das Steuerkompromiß traf, markte also auch die auswärtige Politik der Regierung. Die Störung kam aber nicht von innen, sie kam von außen, und zwar durch die Note, die die Reparationskommission am 21. März an die Reichsregierung richtete, und durch das Schreiben, das von derselben Stelle an den deutschen Reichskanzler gerichtet wurde. Diese beiden Schreiben sind es, die die Regierung veranlassen, heute wieder mit einer Erklärung vor das Parlament zu treten. Diese

beiden Noten der Reparationskommission

finden die Antwort auf das Stundungsgesetz, das die Regierung am 14. Dezember v. J. an die Reparationskommission richtete, und auf unsere Note vom 28. Januar, in der der Reparationskommission das Verlangen um Stundung begründet wurde. Das Stundungsgesetz vom 14. Dezember war die Folge jener Schritte, die wir bei der Bank von England unternommen hatten, um für die für Januar und Februar fälligen Vorzahlungen, die wir aus eigenen Mitteln nicht leisten konnten, einen Kredit zu erhalten. Die Bank von England erlaubte, sie könne Deutschland, solange es unter den Zahlungsbedingungen des Londoner Ultimatums stehe, einen Kredit nicht gewähren. Es kam dann zu den Londoner Protokollen, in welchen die Zahlungen Deutschlands und die Saatleistungen für 1922 herabgesetzt und Bedingungen aufgestellt wurden, unter denen diese vorläufigen Abänderungen des Londoner Zahlungsplanes bewilligt werden sollten. Die Konferenz von Cannes sollte über diese Angelegenheit endgültig entscheiden. Diese Entscheidung wurde aber unmöglich, weil sich gerade damals der Regierungswechsel in Frankreich vollzog, der Herr Poincaré zur Führung der Geschäfte berief. Die unmittelbare Folge dieses Regierungswechsels — die gefahrene Folgen kann niemand von uns heute übersehen — war die Überweisung des deutschen Stundungsgesetzes an die Reparationskommission. Nun hat die Reparationskommission durch die oben genannte Note eine Entscheidung getroffen, die wohl als eine endgültige zu betrachten wäre, wenn wir in der Lage wären, die Bedingungen zu erfüllen und die Kosten einzuhalten. Die erste Note an die Reichsregierung enthalt im großen und ganzen die Mitteilung, daß die in Cannes in Aussicht genommenen Abänderungen zum Londoner Zahlungsplan, soweit das Jahr 1922 in Betracht kommt, von der Reparationskommission gebilligt werden. Wir müßten in diesem neuen Zahlungsplan für 1922 äußerstmäßig eine Erleichterung möglich machen, wenn nicht in der Ziffer 4 der erwähnten Note der unsichere und provisorische Charakter der Regelung betont und die ganze Geltung des Abkommen an die Zeit vom 31. Mai gebunden wäre; denn zu diesem Zeitpunkt will die Reparationskommission prüfen, ob der provisorische Ausdruck zu benötigen oder für unwirksam zu erklären ist. Für den letzteren Fall behält sie sich ausdrücklich vor, die vorläufig festgestellte Summe innerhalb 14 Tagen einzufordern. So kann in diesem Verhältnis eine praktische Logik nicht erblicken. (Sehr richtig!) Wenn Deutschland auf Grund seiner nachgewiesenen Zahlungsfähigkeit ein Moratorium bewilligt wird — und das ist ja durch die Aenderung des Zahlungsvolones für 1922 geschehen — so ist es logisch unmöglich, am 31. Mai über diese Zulassung der Leistungsfähigkeit einfach hinwegzugehen und neue anstrengende Forderungen zu stellen. (Zustimmung.) Aber ich will mich bei diesem inneren Widerspruch nicht aufzuhalten, sondern auf das Schreiben übergehen, das die Reparationskommission an den Reichskanzler gerichtet hat. Es wird in diesem Brief, der überaus schroff gehalten ist, mit wenigen Worten auf die ausführlichen, gründlichen Darlegungen Bezug genommen, die unsre Vertreter auf der Konferenz von Cannes und die deutsche Regierung in einer der Note vom 28. Jan. beigelegten. Denkt daran, daß die Wirtschaft und die Finanzen Deutschlands gemacht haben. Aus dem Brief geht ganz deutlich hervor, daß die erprobten Anstrengungen der Regierung von der Reparationskommission in keiner Weise geneidigt wurden. Vor allem scheint ihr Verständnis für die Steuerreform zu fehlen. (Sehr richtig!) Der Brief kommt zum Schluß zur Feststellung der Bedingungen,

unter denen der vorläufige Ausdruck bewilligt werden soll. Die einfließende Überraschung brachte zwei Punkte dieser Bedingungen. Die Regierung wird aufgefordert, unverzüglich einen Plan zur Vermehrung der Steuern vorzubereiten, die für das laufende Rechnungsjahr 1922/1923 eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark über die Einnahmen hinaus ergeben sollen. Diese neuen 60 Milliarden Steuern sollen bis zum 31. Mai dieses Jahres bewilligt und in Kraft gesetzt werden. (Hört, hört!) Davor sollen mindestens 40 Milliarden noch in diesem Jahre hergestellt werden. Die Regierung hat nach eingehenden Erörterungen festgestellt, daß dies

eine völlig unmögliche Bedingung

und eine unmögliche Zuladung ist. Unter direkten Steuersystem ist wie kaum ein anderes der Welt aufgebaut. Unsere indirekten Steuern sind ebenfalls sehr hoch erhöht. Wir sind bereit, in eine soziale Auseinandersetzung der Steuerbelastung des deutschen Volkes, verglichen mit der anderer Völker, einzutreten.

Die Reparationskommission zeigt in ihrer Note der ganzen Welt, daß wirtschaftliche Darlegungen der deutschen Regierung so ernsthaft und gewissenhaft sie auch sein mögen, keinen Einfluß auf sie haben. Schon aus parlamentarisch-politischer, so wie aus technischen Gründen ist es eine reine Unmöglichkeit, um nicht zu sagen: Unsinnigkeit, einen möglichst aufwändigen Steuerbau nun wieder einzurichten und einen neuen aufzuführen. Die Regierungen, die uns dieses zutrauen, ruhen auf dem parlamentarischen System, das sie uns oft als Vorbild empfohlen haben. Sie müßten daher wissen, daß gerade in einem parlamentarischen Staate es unmöglich ist, ein fertig gewordenes gesetzliches Werk im Handumdrehen umzuwerfen und mit neuen Zuladungen an das Parlament heranzutreten. (Sehr richtig!) Noch von einem anderen Gesichtspunkte aus ist diese Bedingung der Reparationskommission, die die Ausbreitung neuer Steuern fordert, zu betrachten. Wir haben uns die Frage vorgelegen, ob die Verträge es gestatten, in die Hoheitsrechte der Nation und die gegebenen Besitznisse des Deutschen Reiches einzugreifen, wie sie unter der Überschrift „Übernahme“ enthalten sind und die eine sogenannte Überwachung der Steuerveranlagung und der Steuererhebung vorseht. Gegen das Prinzip muß ich schon heute im Namen der deutschen Regierung härteste Verwahrung einlegen. (Lebhafte Beifall.) Ich erachte es als mit dem Selbstbestimmungsrecht eines Volkes und mit dem einer großen Nation für unvereinbar. (Lebhafte Beifall.) Wir haben auf dem Gebiete der Kontrollkommissionen schon so trübe Erfahrungen hinter uns, daß niemand unter uns es verstehen wird, wenn dieses schändliche, kostspielige und gänzlich unproduktive System fortsetzen soll. (Lebhafte Beifall und Handclatschen auf den Tribünen.) Wir haben hier schon eine große Anzahl von einfachen Soldaten der Entente in Deutschland, deren Einkommen das Dreifache eines höchsten deutschen Ministerialbeamten ausmacht. (Sehr richtig!) So kann es nur als eine Zuladung bezeichnet werden, der sich keine deutsche Regierung eines verarmten und nosleidenden Volkes unterwerfen darf. Legen schon die Besatzungskosten der feindlichen Armeen, die ganze Landesteile ungerechtfertigt besetzt halten, uns unerhörte Lasten auf, so werden Kontrollkommissionen, die dort kontrollieren wollen, wo nichts mehr zu kontrollieren ist, gänzlich unerträglich. (Sehr richtig! und Psiu-Rufe.) Eine Ausdehnung der Kontrolle auf die deutsche Steuerverwaltung würde jedoch den Verlust eines wirtschaftlichen Ausbaues erlösen. Schon der eigene Egoismus sollte unsere ehemaligen Gegner veranlassen, von solchen Dingen Abstand zu nehmen, wenn sie auch keinen Sinn dafür haben, daß ein besiegt und verarmtes Volk die Sieger an dem gebiedenen Tisch mit Gefüßen sitzen sehen kann, die nichts Gutes verheißen. (Lebhafte Beifall.) Die deutsche Regierung hat schon beim Abschluß des Vertrailer Vertrages Veranlassung genommen, gegen die Kompetenz der Reparationskommission, soweit sie einen Eingriff in die inneren Hoheitsrechte bedeutet, Protest einzulegen. In der denkwürdigen Note vom 28. Mai 1919 wurde bemerkt, daß es für einen demokratischen Staat unmöglich sei, sich seines Hoheitsrechtes zu entzögeln. Die Folge werde sein, die gewaltsame Einführung der Steuern

durch die Gegner. Damals wurde uns geantwortet, daß diese deutsche Bejurkung auf einer vollständig falschen Auffassung der Tatlagen beruhe. (Hört, hört!), und daß die deutschen Saßfolgerungen mit dem Geiste des Friedensvertrages völlig im Widerspruch stehen. (Hört, hört!) Es wurde noch bemerkt, daß die Befugnisse der Kommissionen nicht so ausgelegt werden dürfen, als wenn sie das Recht hätten, Deutschland eine neue innere Gesetzgebung zu diffidieren, besonders die Ausschreibung und Erhebung von Steuern vorzuschreiben. (Hört, hört!) Es wurde weiter ausdrücklich betont, daß die Garantiekommission nicht das Recht habe, in Deutschlands Zahlungspläne einzutreten. An diese Zulagen erinnere ich heute leidenschaftlich die fremden Regierungen und fordere sie auf, nicht 3 Jahre nach Abschluß des Friedensvertrages zu beanspruchen, die sie selbst unter der ständigen Nachdrückung des Kriegsvertrages als leere ungerechtfertigte Bejurkung Deutschlands bezeichnet haben. (Beifall.) Die beiden Noten enthalten dann noch eine Reihe von anderen Bedingungen, die sich durchaus mit unseren Anfängen und mit den Interessen der deutschen Regierung decken. Hierher gehört auch die

Forderung nach Sparmaßnahmen. Aber ich muß auch hier einmal ein ganz offenes Wort sprechen. Im Ausland scheint man wirklich zu glauben, daß wir hier eine Verschwenderei führen. Das ist schließlich kein Wunder, wenn selbst im Inland solche Ansichten geäußert werden von Leuten, die von den Verhältnissen keine richtige Vorstellung haben. Wir wollen gewiß die Verwaltungskosten einschränken. Aber nur jemand, der die Verhältnisse nicht kennt, kann glauben, daß hier etwa eine Goldmillion herauszuwirtschaften ist. Der Etat für 1922, der der Reparationskommission vorgelegen hat, sieht mehr als zwei Drittel der Ausgaben für die Entente und nur ein Drittel für das Reich vor. (Hört, hört!) Den Betrieb der Post und der Eisenbahn zu verbessern, ist unter allen Bestreben. Auf die eigentliche Reichsverwaltung im engeren Sinne entfallen nach dem Etat bei im ganzen 86 Milliarden nur 9,5 Milliarden. Unsere Verwaltung muß verbessert werden, gewiß, aber kein Einheitsamt kann sich der Illusion hingeben, daß auch bei heftigstem Bemühen dabei Milliarden herausgespart werden können. Schon jetzt müssen wir unsere Beamten und Staatsarbeiter viel schlechter bezahlen als irgend eines der Ententeländer. Man wird uns vor, wir hätten zu viel Minister in Deutschland, aber diese Minister bekommen weniger bezahlt, als irgendein kleiner Bezirkspresident jenseits der Grenze. Nur ein interessantes Beispiel:

Alle Reichsminister, der Reichspräsident und der Reichskanzler kosten mit Einschluß der Aufwandsentschädigung zusammen genommen nicht so viel wie zwei Generale in Deutschland!

Besondere Aufmerksamkeit werden wir der Frage widmen, wie der Plan einer inneren Anleihe seine Gestalt gewinnen kann, wie sich die Auslegung einer inneren Anleihe mit der Zwangsanleihe kombinieren läßt. Der Welt muß aber vor allem klar werden, daß ohne eine Stabilisierung des deutschen Marktes ein Gleichgewicht des deutschen Budgets nicht zu erreichen ist. Die Entwertung der Mark macht alle Arbeit wertlos. Die Note allein hat auf den Kursstand der Mark verhängnisvoll gewirkt und die Reparationskraft Deutschlands aus schwerster geschädigt. Wir werden uns durch die Behauptung der prinzipiellen Gegner der Erfüllungspolitik nicht beirren lassen. Wir werden der Reparationskommission erklären, daß es notwendig ist, uns für das ganze Jahr 1922 von allen Reparationsleistungen in bar zu befreien. Das ist das mindeste. Es ist ausgeschlossen, daß wir für 1922 unsere Verpflichtungen ohne ausländische Kredite erfüllen können. So verzweifelt auch die Stunde ist: ich bin doch nicht ohne Hoffnung. Wer keine Hoffnung hat, der soll die Hände von der Politik lassen. Das große Ziel ist die Aufrichtung der Weltwirtschaft. Das ist ohne wirtschaftliche Gesundung Deutschlands nicht möglich. (Sehr richtig!) Die Welt hat die Wahl zwischen zwei Prinzipien: Dem von Genua und dem, dessen Geist aus der Note der Reparationskommission spricht. (Sehr wahr!) Entweder wird Genua ein Licht werden, das in die Zukunft leuchtet oder ein Irrlicht.

Wir stehen vor der Entscheidung.

Noch ist sie nicht gefallen. Wir halten es für unsere Pflicht, alles zu tun, um Deutschland und Europa den Weg des Verberbens zu ersparen. Ich habe der deutschen Volksvertretung eine eindeutige Darstellung der Ansicht der Reichsregierung gegeben. Wenn Sie zu einer Befreiung meiner Erklärung übergehen, bitte ich zu bedenken, daß Sie vor den aufmerksamen Ohren der ganzen Welt sprechen. (Lebhafte, langanhaltender Beifall.)

Es wird beschlossen, sofort in die

### Besprechung der Regierungserklärung einzutreten.

Herr (DNVP): Die neue Note ist ein Teil der Generaloffensive Frankreichs. Frankreich hat Oberwasser erhalten, England ist nahe daran, den Krieg gegen Frankreich endgültig zu verlieren. Aus dem Buche Rittis erfahren wir, wie brüderlich die Front der Gegner sich immer war. Aber der dumme deutsche Michel nutzte die Situation nicht aus, gegen die französische Generaloffensive eine deutsche Abwehrhoffensive einzuleiten. (Beifall.) Einig sind wir mit den Worten des Reichskanzlers über die Abwehr der Kontrolle und die Forderung in der Finanzfrage. Wir verlangen Sicherstellung des Sachverständigen vor dem Zugriff der Entente. Die Steuerkontrolle ist eine rechtswidrige Forderung. Wir bedauern, daß der Kanzler die Forderung von 60 Milliarden neuer Steuern nichtпп und klar abgelehnt hat. Seine Erklärung war eine Halbwelt. Es war ein Verbrechen am deutschen Volke, den Gedanken der Schwerebefreiung aufzuladen zu lassen. In anderen Städten hätte eine Regierung mit solchen Mißerfolgen eine solche Erklärung nicht abgeben können. Für die neu geforderten 60 Milliarden findet sich keine Koalition mehr. Wir brauchen eine große Konservativenfront. (Zurur hins: Gena einen neuen Krieg!) Nicht mit Waffen, es muß an das Volk appelliert werden. Auch die Macht des Reichspräsidenten dürfte dann in einem neuen Kriege erscheinen. Wir brauchen eine völlige Aenderung des Systems. (Lebhafte Beifall b. d. DNVP.)

**Stampfer (SD):** Der Ton der Entente-Note gegenüber einer demokratischen Regierung war nicht angebracht. Man hätte ihn entschuldigen können, wenn das deutsche Volk absichtlich sein einmal gegebenes Vertröpfchen vernachlässigt hätte. Der gute Wille der deutschen Regierung ist aber unbestreitbar. Die Note richtet sich gegen die demokratische Regierung eines demokratischen Volkes, dessen Erfüllungswille international anerkannt ist. In Deutschland gibt es keinen Menschen, der den Ton der Note für berechtigt hält. Schärfste Verwahrung legen wir ein gegen gewisse Kreise im Inlande, die, nachdem die Regierung einen Stoß von vorne erhalten hat, ihr auch noch einen Stoß von hinten geben möchten.

Je schlechter es der Regierung geht, desto vergnüglicher sind diese Herren.

(Große Unruhe rechts.) Herr Hergt war im ersten Teil seiner Rede makroloher als der große Teil der deutschnationalen Presse. Wir wissen aber, hinter seinem Rücken steht die deutsch-nationalistische Rebellen. Sagt Herr Hergt „nein“, so sagt Herr Maurenbrecher noch neiner. (Heiterkeit.) Er sagte hier, Frankreich sei zum Endkampf vor Deutschland aufmarschiert. Er sagte ferner, in der Presse sei erst ein Sturm der Entrüstung über diese Note ausgebrochen, dann aber sei eine ruhige objektive Betrachtung der politischen Lage an die Stelle getreten. Wir sagen: Mit zappeliger Aufregung kommt man bei einem Endkampf nicht weiter. Aus der Zeit des Krieges sollten wir doch gelernt haben, daß auf ihre Prophezeiungen, Herr Hergt, nicht viel zu geben ist. Wir werden uns nicht dazu verleiten lassen, die politische Lage falsch einzuschätzen. Herr Hergt verlangt eine erfolgreiche Abwehr gegenüber dem Angriff der französischen Armee. Er wollte den Reichstanzler zum Schwur verleiten, indem er neue Steuern zu machen. Diesen Eid wird kein Minister und kein Reichstanzler leisten. Und um allermeistens Herr Wirth. Herr Hergt sagt ferner über das Sinten der deutschen Mark und führt es zurück auf die Erfüllungspolitik. Als Heilmethode führt er das passive Verhalten des Türkis an. Herr Hergt verkennt, wie er es so oft im Kriege schon gesagt hat, unsere auswärtige Lage. Er hat schließlich gesagt: „Sieht richtig! rechts.“ Wo waren aber die Herren von der Deutschnationalen Partei als der Schreden kam? Sie sind alle ausgesessen, und die Pläne mühten den Schreden über sich erscheinen lassen. Auf der einen Seite verlangt Herr Hergt die deutsch-nationalen Einheitsfront, auf der anderen Seite sagt er, dem Kaiser fehle der Rückhalt im Volke. Ferner verlangt Herr Hergt eine energische Abwehr, und auf der anderen Seite, die Regierung muß gestürzt, der Reichstag aufgelöst und ein neuer Reichspräsident ernannt werden. Neuwahlen, nichts als Neuwahlen, am liebsten alles im Hause auf den Kopf gestellt. Wie werden Herren Hergt nicht den Gesellen tun, einen Reichstanzler von seiner geistigen Qualität dem deutschen Volke zu schenken. Bei der Verständigung des Waffenfriedens hat Ihr Freund Hessisch mich gefragt: Wenn diese Karte nicht steht, sind wir verloren für alle Zeit, für Jahrhunderte! Von diesen Jahrhunderten sind erst 3 Jahre ins Land gegangen, und nun erfüllen Sie sich, uns die Schuld an den gegenwärtigen Zuständen in Deutschland anzuhängen, die Sie in Ihrem grenzenlosen Unverständnis begangen haben? Das ist nur eine lopstische Verstellung des Beweises. In London hat man von uns kein wirtschaftliches Interesse Geklauten über unsere Leistungsfähigkeit verlangt, die uns gewangen hat, die 132 Milliarden Goldmark anzuerkennen. Wir haben das Londoner Ultimatum nicht wider besseres Wissen unterschrieben, das weiß alle Welt. Bei der Unterschrift des Vertrages hat damals der Reichstanzler Bauer in der Nationalversammlung erfordert, daß Deutschland den Friedensvertrag unter Protekt anerkenne und im übrigen jede Verantwortung für eventuelle Unmöglichkeit der Leistung ablehne. Diesen Standpunkt hat bisher jede deutsche Regierung eingenommen, und das Verbrechen: zu leisten, was wir leisten können, wollen wir halten. Wir haben große Anstrengungen gemacht; wir haben damit erreicht, daß unser euer Wille von allen anerkannt ist. Und durch dieses Experiment haben wir das erreicht, was wir niemals erreicht hätten, wenn wir nach Ihnen (nach rechts) Reden verfaßt werden. Wir haben bewiesen, daß das Banderolte Abkommen nicht erfüllt werden kann. Das nennen Sie Katastrophenpolitik; wir aber konnten in Tannen bei Entente Larmachen, wie weit das deutsche Volk noch leistungsfähig ist. Das Mögliche wollten wir tun. Das Unmögliche müssen wir lassen. Die Rechtslage der Reparationskommission müssen wir auf Ihre Brauchbarkeit für Jürgenfäßig prüfen, und wenn sie anerkennenswert sind, darüber diskutieren. Sonst seien wir uns dem Befehl aus Deutschland wolle nicht erfüllen. Energiisch müssen wir dagegen protestieren, daß die Reparationskommission in unsere innere Entwicklung eingreifen will. Die Reparationskommission verlangt von uns 60 Milliarden neue Steuern. Wenn jemand von mir etwas Unmögliches verlangt, so muß er mit Mitteln und Wege zeigen, die zur Verwirklichung führen. Wir Sozialdemokraten müssen nichts Dringenderes, als das verhindern.

Wir verlangen aber, daß die Arbeiters und Werktags leben können.

Und noch die Produktionsmittel in deutschen Händen bleiben. Die deutschen Arbeiter werden allmählich zu Sklaven der Entente-Potenzen und des Friedensvertrages. Wir leben in einem Elend, das nach Hilfe schreit; die Kreise für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs reißen endauernd. Demgegenüber steht man ausländische und inländische Spukerei in Bergungslosigkeit. Hier steht man mittlere soziale Kontrakte. Heute mehr denn je bestreitet das Wort Bebels Geltung: „Ich bin und bleibe ein Sohn dieser Gesellschaft.“ Wenn wir Sozialdemokraten uns freihändig entzünden haben, Verbraucherstaaten gegenütwären, so ist das eine Verzweiflungstat. (Seht mal! bei den Soz.) Unter Friedensprogramm kann noch hier und da vernachlässigt werden. Das ist die einzige Möglichkeit, die wir auf dem Gebiete der Sicherungen noch bieten. Wenn man aber jetzt von mir in 2 Monaten 60 Milliarden neue Steuern verlangt, so ist das ein Ding der Unmöglichkeit, und wenn in dieser Zeit englische, belgische, französische und deutsche Sozialisten zur Lösung des Reparationsproblems zusammengetrommert sind, ja erkennt mit das nicht genug. Es muß einmal der Tag kommen, daß die Weisheit vorherrschen, und wenn das Gesetz mit Stossdruck verwandelt hat, der Tag der Röhrerhämmerung wird noch kommen. Da es nicht ein unmögliches Problem ist, daß es sich noch bester Friede in Röhrerhämmerung jetzt mit dem Röhrerhämmer beginnen wird, nur deswegen, weil die Herren Diplomaten mit „soher“ Politik bestreift sind. Wir Sozialdemokraten sagen: Die Diplomaten hinter der Front, die Herren vor der Front! Und dann kommt das Werk! Wir hoffen, daß die deutsche Regierung das ihrem Reparationsprogramm nicht folgen wird. Die deutschen Arbeiter haben die Republik geschenkt, sie haben die Diktatur Fabrikanten in Rapp-Ballach zurückgeworfen. Die deutschen Arbeiter wollen, ebenso wie die Diktatur ihrer eigenen Fabrikanten befreit haben, nicht eine Diktatur der freien Kapitalisten. Ein Stoff, den selber regieren will, mag sich selber arbeiten, und ein Stoff, den sich selber nicht, will sich selber regieren. Das haben wir gesagt. Wir haben jetzt nicht allein da, sondern handelnde in der Welt haben das allmählich begriffen. Der Arbeiter soll ein freies Deutschland in einer freien Welt, und das kann das nur der französischen Regierung nicht lange machen. Sie kann das jetzt tun, wenn wird der Tag und woher sie kommt. (Beifall bei den Soz.)

Darauf verließ ich das Haus am Mittwoch 1. März. Weitere

## Russland und Genua.

Rom, 29. März.

Die russische Regierung hatte in der Consulta eine Note überreicht, in der sie erklärte, daß angesichts der Gefahr von Faschistenangriffen die Reise der russischen Delegierten nach Genua besonders garantiert werden müsse. Die Consulta hat jedoch der Moskauer Regierung geantwortet, daß scharfe Schutzmaßnahmen angeordnet seien, jedoch könne die italienische Regierung nicht absolut jedwede Einzelversöhnlichkeit a priori von Genua fernhalten. Die Consulta lehnt es weiter ab, dem russischen Wunsche stattzugeben, der das bolschewistische Bündnis für die Russland-Reisen einen einer italienischen Mission fordert, da dieses die Anerkennung der Sowjetregierung in sich schließe, was vor der Konferenz von Genua nicht angängig sei.

## Die Zusammensetzung der französischen Abordnung.

Paris, 29. März.

Die französische Regierung hat die Delegation für Genua nunmehr bestellt, nämlich Barthou, den Justizminister und Vizepräsidenten des Ministerrats, als Vertreter des Ministerpräsidenten, sowie Colrat, Unterstaatssekretär beim Ministerpräsidenten. Die anderen Vertreter werden technische Sachverständige sein. Barthou und Colrat werden zusammen die Führung der Delegation übernehmen.

## Lloyd George wieder im Kabinettssitz.

London, 29. März.

Lloyd George residierte gestern in der Kabinettssitzung. Über die Billigung des Vertrauensbeschlusses zu der Regierungspolitik hinsichtlich der Genueser Konferenz soll am nächsten Montag im Unterhaus abgestimmt werden. Der Premierminister hatte später eine Audienz beim König.

## Erdölkapitalisten und Indien.

II. London, 29. März.

Die Erhöhung der weltpolitischen Stellung Englands durch den Erdölkrieg mit Amerika machen sich gegenwärtig in noch verstärktem Maße geltend, da sich die Beweise für die Unterstützung der indischen Bewegung durch Kapital der Standard Oil Co. häufen. In der Downingstreet wird die Aufgabe der britischen Erdölinteressen in Persien und eine Verständigung über die mesopotamischen Quellengebiete erwogen, um diesen Plänen schaften in Indien ein Ende zu bereiten.

## Radel und Stinnes.

Die Verhandlungen der Sowjetrussen mit Boineau zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen erhalten jetzt ein Seitenspiel durch die Bemühungen Radel's, mit dem Stinnes-Konzern in nähere Fühlung zu treten. Während die kommunistische Presse sich nicht genug daran tun kann, jedesmal von einer Stinnesierung zu sprechen, wenn im republikanischen Deutschland eine ihr verhältnismäßig erscheinende Maßnahme durchgeführt wird, hat Radel am vergangenen Donnerstag gleich nach seiner Ankunft seine Verhandlungen mit dem Stinnes-Konzern wieder aufgenommen. Am Freitag fand darauf eine Sitzung des deutsch-russischen Vereins im Hotel Esplanade statt. Auf dieser Sitzung hielt Konrad Graap eine Rede, in der er betonte, wir könnten jetzt nicht mehr warten, sondern mühten möglichst bald in den Handel mit Russland eintreten. Es mühten jedoch reale Garantien gefordert werden. Hierbei sei in erster Linie an die russischen Eisenbahnen zu denken.

Wie gefragt wird, ist Radel mit dem Projekt einer Übergabe der Eisenbahnen an das Privatkapital einverstanden, nicht aber Krassow. Deshalb hält man es für nötig, schnell zu verhandeln, ehe noch Krassow auf der Bildfläche erscheint. Radel will sein Ziel dadurch erreichen, daß er das monopolistisch gerichtete Außenhandelskommissariat mit dem mehr freihändlerisch orientierten Kommissariat für den Handel zu einem Handelsministerium zusammenlegen möchte, wodurch die Hemmnisse für seine Bestrebungen beseitigt werden.

Ob das gelingt, bleibt abhängiggestellt. Jedenfalls ist das Liebeswerken des russischen Sowjetagitators zugleich ein Beweis für die Unmoralität der kommunistischen Propaganda und ein erschütterndes Zeichen der Kollege Sowjetrusslands, das bei demselben Kapital Hilfe sucht, dessen Antrag auf die deutschen Eisenbahnen von der „Stinnes-Republik“ (so heißt es dort in der kommunistischen Propaganda) abgewehrt worden ist.

## Marty und Badina wieder gewählt.

Eine Niederlage des nationalen Blöds in Paris.

Zu Oktober und November des vergangenen Jahres wurden in zwei Pariser Stadtwahlkreisen die kommunistischen Kandidaten Marty und Badina als Gemeinderäte gewählt. Die beiden waren von den Militärgerichten zu längeren Strafen verurteilt worden, weil sie zur Zeit des Denzin-Unternehmens gegen Sowjetrussland sich weigerten, gegen die russischen Revolutionäre zu kämpfen. Der Staatsrat erklärte die Wahl der Verurteilten für ungültig und es wurden Neuwahlen angeordnet, die am vergangenen Sonntag stattfanden. In der Neuwahl wurden Marty und Badina wieder gewählt. Marty erzielte 4156, sein Gegenkandidat nur 1787 Stimmen. Badina hatte 911, der nächstfolgende Gegenkandidat des nationalen Blöds 126 Stimmen.

Diese Wahl ist in mehr als einer Hinsicht interessant. Sie zeigt, daß in der Stadt Paris der nationale Block keine Macht eingebüßt hat. Sie zeigt aber auch, daß das entschieden demokratische Bürgertum in Frankreich sich einer guten Vergangenheit bewußt ist. Die Wahl von Marty und Badina war nur möglich, weil die Sozialisten, die Radikal-Socialisten und die Radikalen auf die Amtierung eigener Kandidaten verzichteten, um die Wiederwahl der „Helden vom Schwarzen Meer“ zu sichern und das allem von der Regierung die Unterstützung von Marty und Badina zu erzielen. Um die beiden töte ein heftiger Schlag. Der offizielle „Temps“ brachte täglich spätzeitige Angriffe auf die Radikal-Socialisten und ihren Führer Herron, in denen sie der gemeinsamen Sache mit den Volksbewegungen befürwortet, und bejubelt wurden, daß gemeinsame Sache mit dem nationalen Blöd gegen die vereinigten Sozialisten und Kommunisten zu machen. Die Radikal-Socialisten sind festgeblieben und haben so dem nationalen Blöd eine empfindliche Niederlage gesetzt.

Wir sind im Zweifel, ob sich deutsche Demokraten finden, die im Wahlkampf zwischen einem Sozialisten oder Kommunisten und einem Deutschnationalen offen auf die Seite der Sozialisten oder Kommunisten treten, insbesondere, wenn es sich wie im vorliegenden Falle, um die Abwehr der Regierungseinträge in die Wahlfreiheit handelt.

## Die Börse.

S.P.D. Berlin, 28. März.

Der Berliner Devisenmarkt zeigte am Dienstag wieder eine sehr leile Tendenz. Der Dollar übertrifft zeitweise den Kurs von 340. Amlich notierten: Kobol Newyork 338,75, London 1480, Holland 12 850. Am Effektenmarkt war das Geschäft weniger, die Tendenz vorwiegend ist. Immerhin zeigt die Spekulation eine bemerkenswerte Zurückhaltung, die sich aus der unsicheren politischen und wirtschaftlichen Lage erklärt und zum Teil auch auf Sizikbeobachtungen zurückzuführen ist.

## Waldige Rückkehr der letzten Avignon-Gefangenen.

Karlsruhe, 28. März.

Von den gegenwärtig auf dem Fort Louison, bisher in Avignon, zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen, ist der Karlsruher L. Stähler, nach siebenjähriger Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt. Er erklärte, in etwa 14 Tagen würde der Rest der noch in Frankreich in Gefangenschaft gehaltenen Deutschen nach der Heimat zurück befördert.

Von justizialer Seite wird mitgeteilt, daß die sich noch in Toulon aufhaltenden deutschen Gefangenen den Rest der früher in Avignon gefangengehaltenen Deutschen darstellen, die dort hin übergeführt wurden. Die Regierung hofft, alsbald auch diese letzten Ungläubigen in die Heimat befördern zu können.

## Untersuchung gegen Kopp?

Gegen den früheren Sowjetvertreter in Berlin, Wiggo Kopp, ist, wie der Ost-Express erfährt, in Moskau eine gerichtliche Untersuchung über seine Tätigkeit an der Spitze der Berliner Sowjetmission eingeleitet worden. Die Untersuchung erstreckt sich vor allem auf die zahlreichen Beschuldigungen wegen Beleidigung und Repressionen, die namentlich dem Mitarbeiter Kopp's, Herrn Reich, zur Last gelegt werden. Herr Reich ist der Aufründer, sich nach Moskau zu begeben, nicht gefolgt sondern aus den Sowjetdeutschland ausgeschieden und weilt zurzeit als Privatmann in Deutschland.

## Der wildgetriebene Maurenbrecher.

In der „Deutschen Zeitung“ lädt Max Maurenbrecher fort, den ruhenden Aja zu spielen. Er, der den Deutschnationalen Bormann macht, weil sie im Reichstag keine kommunistischen Rülpsszenen aufgeführt haben, zeigt jetzt, wie es gemacht werden muß. Durchbar läßt er in die Lärmtrompete:

Noch ist es Zeit... Von der Regierung Wirth ist nichts zu erwarten. Sie wird halb ablehnen, halb auflegen; die Entschädigungskommission wird sie vor ein Ultimatum stellen; und dann wird sie umfallen. Wenn das Ultimatum erst da ist, ist es für eine Volksbewegung zu früh!

Heute muß gehandelt werden, eher heute als morgen.

## Geht müssen die Massen in Aktion kommen!

Nicht müssen, die Parteivereine und nationale Verbände Massenversammlungen für kommenden Sonntag andrängen. Jetzt muß innerhalb acht Tagen eine Bewegung durchs Land gehen, wie einst, als die Auslieferung deutscher Offiziere und Soldaten gefordert ward. Jetzt muß die Provinz sich erheben und über den Kopf aller Berliner Bedenkenloskeiten hinweg aus allen Parteien heraus eine gewaltige Welle emporbringen. Die Parteien werden schon folgen, wenn sie sehen, daß es den Wahlern einst ist.

Max Maurenbrecher, der hier so ungeheure Mut präsentiert, sollte sich ein warnendes Beispiel an seinem pastoralen Berufskollegen und Mitterneigten Frau u. nehm. nehmen. Der hat auch einst in der Presse durchbare Forderungen angestellt. Als dann aber das Kaiser-Theater in Berlin anging, ließ er nach dem Zeugnis seiner eigenen Freunde „wie ein verängstigtes Huhn“ in der Reichskanzlei umher. So könnte es am Ende dem heldischen Maurenbrecher auch ergehen...

## Barnum — Hindenburg.

In einer demokratischen Versammlung sprach am Sonntag der frühere preußische Handelsminister Hirschfeld. Er hält die brennende Frage der auswärtigen Politik. Er hält die Rolle der Reparationskommission, und betonte, daß an den gegenwärtigen Zuständen nicht die Demokratie schuld sei, sondern der Krieg, der eine unfähige Diplomatie nicht habe verhindern können. Dann fuhr der Redner nach dem Bericht des R. T. fort:

Heute schreibt unsere Militärs Bücher über Bücher, die darin立ten, wie sie alles, was gekommen ist, ganz genau vorausgesehen hätten, und die nichts als Selbstanklagen hätten. Als in kritischer Zeit Michaelis Reichskanzler wurde und die Führer der Parteien der Linken bei Helfferich in einer Aussprache geladen waren, hat Conrad Haushmann über die großen Anstrengungen Amerikas berichtet, der Exente zum Siege zu verhelfen. Da war es Hindenburg, der darauf nur die Antwort hatte: „Barnum, Barnum!“ Alle, die eine Verständigung während des Krieges verhinderten und jetzt über die Zustände klagen, haben sich im November 1918 vertragen. Und viele derjenigen, die jetzt auf der Rechten das große Werk führen, lachten damals triumphal bei der Demokratie, spielten aber heute bereits wieder die vornehmsten Herren. Gegenüber den Vorwürfen über unser Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ist zu betonen, daß 2. das Verantwortungsgebot des gegenwärtigen Präsidenten Ebert zurückhält über jeden dieser Recht, die damals unsere Politik verantwortlich leiteten. Mir sind einige in der Überzeugung, daß unter der gegenwärtigen Verhältnissen es für das Deutsche Volk keine andere Staatsform geben kann als die republikanische. Und geradezu unverträglich wäre jeder Verlust, die Monarchie an die Stelle der Republik setzen zu wollen.

Von den Ausführungen interessiert augenscheinlich die Mitteilung über Hindenburg in diesem Augenblick am stärksten. Bisher wußte man, daß der „Krieger“-Herr sich mit seinem Urteil, daß die Amerikaner zweier Schwimmen noch länger könnten und deshalb nicht über den Ozean läufen, so gründlich blamiert hatte, daß er deshalb der geplante Führer der Deutschnationalen wurde. Und daß sein Freund Helfferich ihm an die Seite gestellt ward, der das Gewicht der Milliarden den Kriegsgegnern uns einbinden wollte, ist ein gerechtes Urteil der Geschichte. Jetzt gesellt sich Hindenburg ihnen mit seinem geschaffenen Werk, das die amerikanische Gefahr als „Barnum“ bezeichnet, also als übertriebene Zirkus-Refuge für eine interessante Sache. So unverantwortlich-schändlich versteinen die Gräber, die uns in die Niederlage führten und die jetzt das Staatsbürgerrechtliche Vertragsrechtlein leben müssen.

## Eine juristische Glanzleistung.

Das straflose Auspuhlen am Jüdenfriedhof.

Vor längerer Zeit berichteten wir über eine unglaubliche deutschnationalen Roheit: Der Hauslehrer Th. Knobel führte bei einem Ausflug den Guhrauer „Jungsturm“ am jüdischen Friedhof vorbei. Er ließ die Jungen Sait machen und fragte sie, was das sei. Auf die Antwort: „der Jüdenfriedhof“, kommandierte er: „Spuckt alle dreimal aus!“. Nachdem dies Kommando prompt von den völkischen Helden befolgt war, wurde der Marsch fortgesetzt.

Die Sache hatte nun ein gerichtliches Nachspiel. Auf Antrag der Synagogengemeinde Guhrau erhob die Glogauer Staatsanwaltschaft Anklage wegen Beleidigung einer Religionsgemeinschaft. Die Strafammer sprach jedoch Knobel frei. Zur Begründung des Freispruches wurde ausgeschaut, dem ehemaligen Jugendführer seien ganz zufällig beim Anblick des Friedhofs frühere, von Juden empfangene Beleidigungen eingefallen und er habe daraufhin auspuhnen lassen, ohne überhaupt an die Beschaffenheit des Ortes zu denken; aber selbst, wenn er davon gedacht hätte, hätte das nicht viel ausgemacht; denn wenn auch der Friedhof — was nicht ganz sicher ist — als „Entzückung“ der jüdischen Religionsgemeinschaft anzusprechen wäre, so galt das Auspuhlen ja nicht dieser religiösen Gemeinschaft, sondern der jüdischen Rasse, die mit der Religionsgemeinschaft keineswegs identisch ist.

„Gründe sind wohlseil wie Brombeeren,“ so läuft Shakespeare bereits seinen Halstaat sagen. Wenn es sich um den Freispruch eines Deutschnationalen handelt, dann ist die Justiz um Gründe nie verlegen, mögen diese auch auf keinem höheren getätigten Niveau stehen als die Ausreden des edlen Ritter John. Ob die Richter, die dies Urteil fällten, wohl zu dem gleichen Ergebnis gekommen wären, wenn freireligiöse Sozialdemokratien — wir halten diesen Fall an sich freilich für ausgeschlossen — vor einem christlichen Friedhof ausgespielt hätten? Natürlich behaupten wir nicht, daß die Richter bewußt aus politischen Gründen andersjuriiert hätten. Aber es ist schon so, wie erfahrene Kenner der Urteilstypologie versichern, daß in 99 von 100 Fällen nicht das Urteil sich auf den Gründen aufbaut, sondern die Gründe erst nachträglich zur Stütze eines instinktiv und gefühlsmäßig vorweggewünschten Urteils konstruiert werden.

## Professor Alfred Blasche †.

Gestorben Professor Alfred Blasche ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag verschieden. Blasche war langjähriger Parteigenosse, der sich durch seine Art und sein Leben innerhalb der Arbeiterbewegung manchen guten Freund gefunden hatte. Seine medizinischen Spezialgebiete fand er in der Haut- und Nervenpathologie. Dem Studium und der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten galt seine Arbeit während eines ganzen Menschenalters. Große Erfolge erzielte Blasche in der öffentlichen Gesundheitspflege, in der Bekämpfung der Vorurteile gegen die Geschlechtskrankheiten und in der Bekämpfung der zahllosen Hemmisseiter einer erfolgreichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Seiner Anerkennung verdanken wir das Charité-Vorjott. In Jahrzehntelangem Kampf gelang es ihm, die Ausnahmebestimmungen zu Fall bringen, die in dem Krantentassengez. v. 1883, in der Gesindungs- und Seemannsordnung die Behandlung und Heilung Geschlechtskranker erschwert, indem sie bei Krankheiten, die durch geistige Auslebensungen erzeugt sind, die Entziehung des Krankengeldes gestatteten. Die Gründung der „Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ ist sein Werk, desgleichen die Bekämpfung eines Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vor mehreren Jahren im Parlament ein Erfolg seiner rostlosen Tätigkeit.

## Der deutschnationalen Kommunistenflügel.

Seit Monaten mehren sich die Anzeichen dafür, daß bei den Deutschnationalen die Früchte zu reifen beginnen, die seinem unrichtbaren Radikalismus, der nur Opposition sein will, erspart bleiben. Es wachsen ihr die noch Radikale, denen die bisherigen Radikalen nur traurige Schlapschönze und Verräter sind. Wie auf die USPD, die KPD folgte und auf diese die KAPD, so folgen auf die Deutschnationalen die Deutschnationalen und auf diese die Übernationale. Wenn Herr Hergt sich in den Blättern der Organisation Consul herben Schimpfen lassen muß, wenn die „Alldeutschen Blätter“ vom Waffengitter der Spaltungsfabrik widerhallen, so mag das von den Deutschnationalen noch vertragen werden. Aber ernster wird die Sache für sie, wenn ein Blatt, wie die „Deutsche Zeitung“, der deutschnationalen Reichstagsfraktion völliges Vertragen vorwirft.

Max Maurenbrecher, der Chefredakteur persönlich ist es, der in drohendem Tone der Deutschnationalen Partei die Feinde angagt. Sie habe das Gebot der Stunde nicht erkannt. Sie habe nämlich verhängt, bei der letzten Note der Reparationskommission das übliche durchdringende Geschrei anzustimmen. Mit „Bureaucratien“, wie dem, daß man erst die Urkchrift zur Hand haben müsse, habe sie sich benehmen und betölpeln lassen, und in der Reichstagsitzung vom 22. März — man denke, am 125. Geburtstag des hochseligen Kaisers Wilhelm! — friedlich mit den anderen über Zündholzchen, Glühlampen- und Mineralölsteuer beraten, anstatt die Volksseele zum Kochen zu bringen!

Die Deutschnationalen sind sozusagen die Kommunisten der Deutschnationalen. Und deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn Max Maurenbrecher gegenüber dem Einwand, daß die Reparationsnote doch nicht auf der Tagessichtung gestanden habe, seiner Partei kommunistische Methoden empfiehlt. Er sagt:

Ein Redner, der etwas will, findet immer ein Mittel, innerhalb der Tagesordnung eine Sache zur Sprache zu bringen, die der Nation im Augenblick auf der Seele brennt. Der gewöhnliche Kommunist durchschnittlichen Ausmaßes hätte solche Wege gefunden. Und wenn der Präsident den Redner unterbrochen, wenn er gewagt hätte, ihm das Wort abzuschneiden oder ihn zur Sache zu rufen: der hätte die Stimme der ganzen Nation hinter sich gehabt, der in diesem Augenblick dem englischen schwachen Präsidenten zu trocken gewogt hätte! Was bedeutet in jüngerer Stunde ein Ordnungsruf? Was bedeutet eine Kontrazitierung nach dreimaligem Ruf zur Sache?

Wenn es auf Tod und Leben geht, dann redet man weiter. Man schreit, daß die Nation einen hören muß. Man läßt sich zur Stütze körperlich aus dem Saal werfen und hat eben damit in der Nation das Spiel gewonnen. Mit einer Fraktion von 67 Stimmen — und hätten die Volkspartei wirklich sich am Hinauswurf des deutschnationalen Redners beteiligt? — kann man jeden Gegenstand im Parlament zur Sprache bringen, den man zur Sprache bringen will. Man muß nur wollen — und man muß manchmal den Zylinder beiseite legen.

In der Tat, es wäre so schön gewesen, wenn Helfsreich mit Wasser gegossen, Hergt dem Präsidenten die Glocke gekreist und Weitarp einen Sozzett an der Gurgel gesetzt hätte! Bezeichnend für die Psyche der Überradikalen — ob auf der äußersten Rechten oder äußersten Linken —, daß sie in entscheidenden Momenten nie etwas anderes wissen, als Theater zu machen und Lärm zu vollführen. Dazu braucht es allerdings nicht sehr viel Gehirnschmalz. (Womit wir freilich nicht behaupten wollen, daß die zahmere Gruppe der Deutschnationalen überreichlich damit gesegnet wäre.) Die Deutschnationalen sehen im Grunde nur fort, was die Deutschnationalen jahrelang getrieben und gelehrt haben. Und das bewährt einen in Zeiten wie den heutigen vor Pessimismus, wenn man immer wieder erlebt, wie sich jede Schild auf Erdenn rächt.

## Die Krise der USP.

Amtsniederlegung der „Freiheit“-Redaktion.

Der Konflikt zwischen der „Freiheit“-Redaktion und den Instanzen der USP, über den wir bereits berichtet haben, hat sich verschärft. In ihrer Sonntagsausgabe veröffentlicht die „Freiheit“ den Beschuß, den Zentralleitung, Parteirat und Kontrollkommission in ihrer Sitzung vom 24. März gefaßt haben. Er lautet:

„Zentralleitung, Parteirat und Kontrollkommission haben in wiederholten Beratungen mit der Redaktion der „Freiheit“ versucht, eine einheitliche Aussöhnung über die politische Haltung unserer Partei und deren Vertretung nach außen hin herbeizuführen.

Zentralleitung, Parteirat und Kontrollkommission können sich ein gedeihliches Wirken der Redaktion der „Freiheit“ für die Interessen unserer Partei und damit für die Interessen der gesamten Arbeiterbewegung nur dann versprechen, wenn die Redaktion der „Freiheit“ in Zukunft klar und entschieden die Politik vertreten, die in Einklang steht mit den Parteitagsbeschlüssen, insbesondere mit dem Manifest des Leipziger Parteitages.“

Zu diesem Beschuß schreibt die Redaktion der „Freiheit“:

„Die Redaktion erblickt in diesem Beschuß der zentralen Körperschaften den Vorwurf, daß sie bisher eine Politik vertreten habe, die nicht im Einklang mit den Parteitagsbeschlüssen, insbesondere dem Manifest des Leipziger Parteitages, stehe. Die Redaktion teilt diese Aussöhnung nicht. Sie erblickt darin ein Misstrauensvotum der zentralen Körperschaften, aus dem sie die nötigen Konsequenzen ziehen wird.“

Diese Worte können wohl kaum anders gedeutet werden, als daß die „Freiheit“-Redakteure, die sich untereinander solidarisch erklärt haben, gemeinschaftlich ihre Amtsniederlegung wollen.

In der „Welt am Montag“ läßt sich Herr v. Gerlach, der den Unabhängigen bekanntlich nahesteht, ohne ihnen eigentlich anzugehören, über den Fall folgendermaßen aus:

„Wie wir hören, ist die gesamte Redaktion mit Dr. Hildebrandt an der Spitze solidarisch. Sie hat geschlossen, ihre Amtstferne der Pressekommission, von der sie angestellt ist, zur Verfügung gestellt. Die Pressekommission steht auf der Seite der Redaktion. Das wird aber die bisherige Redaktion kaum retten können, da die Mehrheit in den entscheidenden Parteinstanzen sich den radikalsten Standpunkt von Kurt Rosenfeld zu eigen gemacht hat. Es liegt auf der Hand, daß die Krise im Zentralorgan gleichbedeutend ist mit einer Krise der ganzen unabhängigen Sozialdemokratie. Seit dem Vertrauensvotum für Wirth, bei dem die beiden Flügel der Partei auseinandersetzten, haben sich die Gegenjäger innerhalb der Partei sehr verschärft.“

Dass sich die USP seit Monaten in einer schweren Krise befindet, war in politischen Kreisen ebenso lange bekannt. Einiges darüber ist ja auch schon hier mitgeteilt worden. Trotzdem wird die Nachricht von der eingetreteten Katastrophe die Öffentlichkeit überraschen, sie wird namentlich überaus schmerlich auf jene Arbeiterkreise wirken, die auf diese Partei bisher ihre Hoffnungen gesetzt hatten.

Schon das ist für uns ein Grund, die Vorgänge im benachbarten Lager mit Gefühl zu betrachten, die von Schadenfreude weit entfernt sind. Es handelt sich um eine überaus ernste Angelegenheit auch für uns.

Zunächst mag eins geagt werden: Es berührt wohl tuend, daß der innere Kampf in der USP bisher, wie es scheint, nicht mehr in jenen übeln Formen geführt wurde, die früher leider üblich gewesen sind. Die ganze Behandlung der Angelegenheit zeigt, daß auf beiden Seiten das Bestreben vorherrschend ist, die Arbeiterbewegung nicht durch neuen Krach und Standal zu kompromittieren.

Das ist ein unverkennbarer Fortschritt. Aber vollkommen wäre er erst, wenn über dem Bestreben, überflüssiges Aufsehen zu vermeiden, nicht das Recht auf Klarheit zu kurz gekommen wäre. In dieser Beziehung kann man dem rechten Flügel der Partei nicht den Vorwurf ersparen, daß er bisher — sei es auch aus höchst achtungswerten Beweggründen — zu wenig demokratische Parteipolitik und zu viel parteipolitisches Geheimdipломatique getrieben hat. Er stand zwischen der Pflicht, den Massen der Parteianhänger reinen Wein einzuschenken, und dem Wunsch, den Schein des Parteidiedens zu wahren, lange unchlüssig. Dadurch hat er letzten Endes die Krise der USP nicht gemildert, sondern verschärft. Denn den in Ahnungslosigkeit gehaltenen Massen der Parteianhänger kommt jetzt die vollendete Tatsache des Konflikts gänzlich überraschend, und sie muß auf sie wie eine Bombe wirken.

Der tiefste Grund der Krise liegt darin, daß der rechte Flügel der Partei zu einer realpolitischen Erkenntnis der wirklichen Verhältnisse vorgebrachten ist, während der linke teils aus Unvermögen, teils aus Loyalität vor der Schwelle lehnen bleibt. Der rechte Flügel hatte von Anbeginn die als sozialrevolutionär missverstandene Politik der Partei abgelehnt. Als dann Moscou auf klare Entscheidung drängte und die Partei sich notgedrungen vom Sozialdemokratismus löste, führte sie zwischen diesem und der Sozial-

demokratischen Partei vergeblich einen Boden, auf dem sie sich mit beiden Füßen stellen könnten. Sie blieb in unklaren Redensarten und einer rein negativen, höchst widersprüchsvollen Politik stecken. Der Kommunismus konnte — solange sein Ideal nicht zusammengebrochen war — sagen, was er wollte, die Sozialdemokratie konnte es auch, aber die USP konnte es nicht.

Immerhin gelang es dem rechten Flügel durch das Übergewicht seiner Intelligenz einen gewissen Einfluß auf die Partei zu üben, in dem Sinne, daß sich ihr Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei verbesserte, und daß sie die positive Arbeit unserer Partei in manchen Fällen unterstützte, in manchen durch Kritik vorwärtszutreiben versuchte. Wie sich dieses Verhältnis durch den in der USP eingetretene Bruch ändern wird, möchten wir nicht voraussagen. Unsere Wünsche entsprechen es nicht, wenn es sich verschlechterte. Aber wenn die USP glauben sollte, sie sei durch den Zutritt der Kommunisten in die Arbeitsschafft, der Leni, Däumig, Adolf Hoffmann, so gestärkt, daß sie wieder den offenen Kampf gegen die Sozialdemokratie aufnehmen könnte, dann dürften wir versprechen, daß von unserer Seite für eine rasche Entscheidung der Partie gesorgt werden wird.

Die Entwicklung der Dinge in den politischen Neugebilden links von uns muß auch dem Blindesten zeigen, daß alle Hoffnung der arbeitenden Massen in Deutschland auf der Sozialdemokratischen Partei hat niemals Unfehlbarkeit für sich in Anspruch genommen, sie weiß, daß sie unter fast verzweifelten Umständen arbeitet, unter denen ein Vormarsch zusammen ungeheuer schwierig ist. Aber eines darf sie unbedingt für sich in Anspruch nehmen: sie hat immer ehrlich zu den Massen gesprochen, sie hat den Mut gehabt, unheilvolle Illusionen zu zerstören, sie hat mit ihren Massen zusammen die Wahrheit und den rechten Weg gefunden. Und diese Methode hat sich bewährt. Die Massen verstehen, daß der Kampf um das höchste Ziel Anstrengungen zur Errichtung kleiner Fortschritte nicht auslöst, sondern fordert, sie verstehen auch, daß man sich in besonders schwierigen Lagen mitunter auch mit zäher Verteidigung errungen Positionen begnügen muß, sie begreifen die Notwendigkeiten unserer Taktik, so bitter schwer ihnen das mitunter auch werden mag.

Aus dieser Stellung, die sich unsere Partei erworben hat, erwächst unsere Pflicht, sie als das wertvollste politische Gut der arbeitenden Massen zu schützen. Ihre Zukunft ist die Zukunft der Arbeiterklasse! Wie unseren Gegnern von rechts werden wir auch allen Angreifern von links entgegentreten dürfen:

„Nur, was zerfällt, vertretet Ihr!“

## Sozialwirtschaft.

Niehmarsch.

Hamburg, 28. März.

Bon der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein. Geschäftsstelle am Hamburger Schlachthofmarkt, wird uns mitgeteilt:

Külbermarkt.

Preis für 100 Pfund Lebendgewicht

Doppellender	2700—3000	DE
1. Qualität Kübler	2000—2800	
2. Qualität	1600—1800	
3. Qualität	900—1400	
Zufuhr: 2000 Kübler. Der Handel verließ lebhaft bei erhöhten Preisen.	1300—1800	

Schweinemarkt.

Preis für 100 Pfund Lebendgewicht

beste, schwere, reine Ware über 250 Pfund	2800	DE
mittelschwere Ware, über 220 Pfund	2600—2700	
gute, leichte Ware von 180 bis 220 Pfund	2400—2800	
geringere Ware	2000—2300	
beste Sauen	2600—2800	
geringere Sauen	2200—2500	
Zufuhr: 4000 Schweine. Der Handel verließ lebhaft bei erhöhten Preisen.		

## Devisen-Kurse.

Berlin, 29. März.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	28. März	27. März
Amsterdam	100 fl.	12687.15
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2817.15
Kristiania	100 Kr.	6008.95
Kopenhagen	100 Kr.	7112.85
Stockholm	100 Kr.	8821.15
Helsingtors	100 finn. Mk.	684.30
Rom	100 Lire	1680.80
London	1 £	1478.50
New York	1 Doll.	338.66
Paris	100 Frs.	3029.45
Zürich	100 Frs.	6578.40
Madrid	100 Pesetas	5219.75
Wien	100 K.	4.48
Budapest	100 K.	37.56
Prag	100 K.	613.35

## Schiffsvorlehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffsnome Kapitän Herkunftsstadt Lage Schiffs

Angekommen am 28. März.

D.	Bürgermeister	


<tbl\_r cells="3" ix="2"

# Margarine Pfund 27.75 m.

Nolmin . . . . .	25.75
Kunsthonka . . . . .	8.80
Rondini, Rößmich gezuckert. Dose . . . . .	17.50
unzuckeret . . . . .	16.-
Kaffee, gebr. . . . .	28.-
Kaffeemisch. mit 10% Bohnenkaff. . . . .	22.-
20% . . . . .	30-
40% . . . . .	38-
Malzkaffee . . . . .	6.80
Bohneis . . . . .	9.80
Eiscreme . . . . .	12.-
Reismehl . . . . .	9.50
Hügstr. 121	15025

Gebr. Wulf, Hügstr. 121

## Zentral-Verband der Schuhmacher.

(15047) Wir machen die Kosten darauf aufmerksam, daß ab Montag, den 3. April auf den bisherigen Stundenlohn ein Aufschlag von 25 Prozent zu zahlen ist.  
Die Ortsverwaltung.

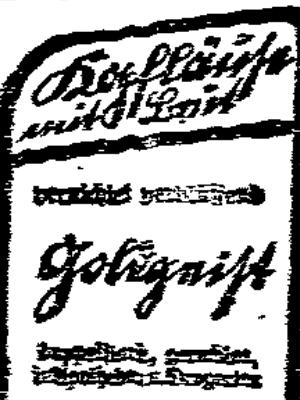
**Gesichtsausschlag**  
Witesser, Flechten verhindern meist sehr schnell Entzündungen des Gesichts. Zucker's Patent-Gesichtsalbe obendrein schützt gegen lästige Schäume am Morgen abwaschen und mit Zuckerkreme nachstreichen. Starktige Wirkung von Lauten beschäftigt. In allen Geschäften, Drogerien, Parfümerien, Friseurgeschäften. (14998)

**Zahn-Praxis**  
W. Rylewsky  
Breite Str. 7,  
Telephon 1253.  
Laboratorium für  
zahnärztliche Arbeiten, Umarbeiten  
schlecht sitzender Zahns, Reparatur, usw.  
Hauswürdige Patienten werden nach  
Möglichkeit an einem Tage fertig behan-  
delt. (14996)

**Glas**  
scheiben  
aller Art, Kitt,  
Glasmaler  
Bilderrahmen  
etc. (14991)  
Oscar Tauchnitz, Glashdl.,  
Fleischhauerstr. 58 E 2808

Leder  
Lederausschnitt  
Ersatzsohlen in halt-  
baren Fabrikaten.  
Die Schuhfabrik  
C. Grimm Nachf.,  
Lederhandlung und  
Schuhfabrik. (14992)

Zur geränderten  
Landkliniken,  
Schultern und  
Spreu zeigt höchste  
Heilung. (15042)  
Osk. Reining, Werckstr.  
Lübeck-Stroedelstr.  
Telephon 1521.



**+ Drogenfein +**  
Säure sehr  
Körperformen  
durch unter  
der Lippe  
in 6 bis 8 Wo-  
chen beseitigt.  
Gemeine Ge-  
fahrlosen, leicht  
entfernen. Strenge reich-  
liche Dosenwaren. Preis  
Kosten auf dem Markt  
zu 20.- Preis einer  
Alteinst. Eiscreme.  
Adler-Apotheke,  
Lübeck. Nr. 10.

**Eile! Eile!**

Bitte ausschneiden und mitbringen.

**Nur 3 Tage Ansnahme Preise  
bis Sonnabend abend 6 Uhr.**

Zähle für 15039  
Kupfer pro Kilo 60.- u. 63.- Mt.  
Messing . . . . . 30.- u. 34.-  
Biel . . . . . 16.- u. 20.-  
Zink . . . . . 16.- u. 19.-

Ausweis mitbringen.

**5 Hartengrube 5  
R. Lissauer.**

**Schildstr. 5** (14997)  
zahlt den höchsten Tageskurs für  
Ermessen, Alt-Eisen, Metalle, Papier,  
Knochen, Glaschen, Zelle, Haare u. w.  
**F. Lissauer, Schildstraße 5.**

**Konsumverein  
für Lübeck u. Umgegend**  
e. G. m. b. H.

**★**  
Infolge der herrschenden Kartoffelknappheit werden Süßkartoffeln und Reis besonders gern gekauft. Wir empfehlen:

**Ia. grüne und gelbe Erbsen** Pfund 9f. 6.-  
**Ia. weiße Bohnen** . . . . . 7.-  
**Reis** . . . . . Pfund 9f. 6.50 bis 10.-  
Ferner als Brotaufstrich sehr preiswert:  
**Marmelade** . . . . . Pf. 9f. 7.-  
**Krautkomp.** Iose . . . . . 7.-  
**Ia. Speisesirup, Iose** . . . . . 5.20  
**Feinster amerik. Sirup** große Blechdosen à 2 Pf. , 15.-  
**große Suppenwaren** (Bohnenuppe) . . . . . 2.-  
**★**

Wieder eingetroffen:  
**Ritter Bandstabak (schwarzer  
Krauter)** Paket 9f. 4.-



**So kann man lügen**

sehr man keine  
Gummischalen und Absätze  
mehr in der

**Reform-  
Gummischalen Imperial n. Supprei**  
(mit elektrischen Beleuchtung)  
**50 Hückstrasse 50**

**Robert Jentzen**  
Telephon 1521

15043

## Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund.

Ortsausschuss Lübeck.

### Sitzung

am Donnerstag, dem 30. März, abends 7½ Uhr.  
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung: 1. Abrechnungen.

2. Gewerkschaftshaus G. m. b. H.

3. Einnänge.

In der Sitzung nehmen nur die Delegierten teil. Ausweiskarte ist vorzulegen. Ohne diese kein Betritt. (15045) Der Vorstand

## Zur Abhaltung

von Feierlichkeiten, Versammlungen, Vorträgen

Gäste, Clubzimmer noch einige Tage frei.

Anfragen erbeten (15008)

Konzerthaus Lübeck.

Teil. 408.

## Trocadero

Wegen einer Privat-  
festlichkeit bleibt mein  
Local (15008)

heute Mittwoch  
geschlossen.  
Wih. Strobach.



Die Gefangenstunde am  
Donnerstag, dem 30. März findet nicht statt.

Montag, den 3. April:

Frühstück 7-8½ Uhr

Mittagessen 8½-10-

15030) Der Vorstand.

## Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zahlstelle Kücknitz. (15037)

## Versammlung

Donnerstag, den 30. Mär-

abends 7 Uhr.

bei Fahse.

Zuggruppe der Polizei  
und Schuhmacher:

abends 7½ Uhr.

im Gewerkschaftshaus

Der wichtigen Tage  
ordnung halber ist das  
Erstellen sämtlicher  
Kosten in beiden Ver-  
sammlungen dringend  
erforderlich.

Der Vorstand.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

(15032) Ortsverwaltung Lübeck

## Versammlung

der Luftabtearbeiter

am Donnerstag, d. 30. Mär-

abends 7½ Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Zugunsten der Lübecker Altershilfe

mit dem großen März-Programm.

Severa und Tervano

exzentrische Tänze

Muschi Werner

Verwandlungstänzerin

Any Crussé

die elegante Vortragenkünstlerin

Ismet Kiasim

orientalische Tänze

Alfred König

Stimmungssänger und Ausager

Das gesamte Eintrittsgeld (5 Mk. à Person)

wird der Lübecker Altershilfe zugewandt.

15027) Anfang 8 Uhr.

Beginn 8 Uhr.

Eintritt 4 Mk.

Mitglieder 2 Mk.

Vorverkauf in d. Budde-

buchhandlung u. bei

Friede. Wicher & Co.

Johanniststr. 46.

Deutsche Friedensgesellschaft. (15004)

## Vortrags-Abend

Professor O. Antes.

Walter Süßengut

Clarissa Niemann-Bied-

mann. Alice Brühn

Sonnabend, den 1. April

in der Aula des Johanneums.

Beginn 8 Uhr.

Eintritt 4 Mk.

Mitglieder 2 Mk.

Vorverkauf in d. Budde-

buchhandlung u. bei

Friede. Wicher & Co.

Johanniststr. 46.

15027) Der Vorstand.

Deutsche Friedensgesellschaft.

15004) Der Vorstand.

Deutsche Friedensgesellschaft.



auch sonst die Ersatzbutter, die Margarine, das gleiche zu tun. Wie mitgeteilt wird, sehen sich die Margarinefabriken infolge der weiteren Verschärfung der Markt gezwungen, die Preise ab Montag, 27. März um ferner 3 M. zu erhöhen. Der Ladenpreis für frische Lieferungen wird sich demnach auf etwa 38 M. für die billigste und auf 43 M. für die beste Ware für das Pfund stellen. — Es ist wirklich eine Schraube ohne Ende. Die Preise für Lebensmittel steigen in einer derartig beängstigend schnellen Weise, daß es den Lohn- und Gehaltsempfängern gar nicht möglich ist, so schnell einen Ausgleich in ihrem Einkommen dafür zu finden.

## In eigener Sache.

Seit ungefähr einer Woche werden in Lübeck die unglaublichsten Gerüchte über mich verbreitet. Wein ich auch im allgemeinen der Ansicht bin, auf Gerüchte, die, wie die vorliegenden, den Stempel der Lüge und Verleumdung tragen, nicht zu reagieren, so will ich in diesem Falle eine Ausnahme machen, um das Halbschlaf der ausgestreuten Verleumdungen jedem möglichst klar vor Augen zu führen. Nachdem im Umlauf gesetzten Lügen sollen angeblich 29 533 M. die für die organisierten Erwerbslosen zu Weihnachten 1920 gesammelt wurden, nicht an diese verteilt sein, sondern dieses Geld soll verschwunden sein, und da der Sohne, im Jahre 1922, amtierende Erwerbslosenrat über den Verlust dieser Gelder nichts erfahren kann, so bleibt nur der Zuhörer schluß, doch ich es den Erwerbslosen vorenthalten habe, oder mit anderen Worten, ich muß demnachfolgende das Geld unterstellt haben. In meiner kurzen Bemerkung (siehe Volksboten vom 23. 3. 22) habe ich schon betont, daß die ganze Angelegenheit diesen Erwerbslosenrat gar nichts, aber auch nicht das getroffen, langegeht. Mit dieser Tatsache wird er sich abfinden müssen, wenn es ihm auch schwer fällt. Noch nun zu der Angelegenheit selbst. Von der oben genannten Summe Geldes, die an die Erwerbslosen zur Verteilung gelangte, habe ich persönlich durch meine Sammeltätigkeit ungefähr 15—16 000 Mark aufzubringen. Neben die Verteilung dieser Gelder ist nicht nur im Ortsauskunftsbericht gegeben, wie ich ebenfalls schon mitteilte, sondern im Volksboten ist eine genaue Übersicht über Eingang und Verteilung der Gelder gegeben worden und zwar in der Nummer vom 14. Januar 1921. Nach dieser gerechneten Tatsachen, die jeder nachprüfen kann und die jeder nachprüfen muß, der auch sonst die geringste Beschuldigung gegen jemand erheben will, muß man eigentlich auch vom Erwerbslosenrat verlangen können, daß er eine genaue Nachprüfung vor der Erhebung einer Anschuldigung hätte vornehmen müssen. Das hat er nicht getan und deshalb erhebe ich gegen den Vorwurf der gewissenlosen Verteilung. Deshalb belohnde ich den Erwerbslosenrat, daß er bewußt falsche Angaben in die Welt setzte, um einen politisch unbedeutenden Gegner zu besiegen. Es zeigte von einer gewissen Leidenschaft, sich will mich mische ausdrücken! Naivität dieser Leute, wenn sie glauben, mich mit solchen Wörtern von meiner Stelle, auf die mich das Vertrauen der Lübecker Gewerkschaften gekehrt hat, entfernen zu können.

Noch es steht Methode in solchen Gemeinschaften. Die neuen Anweisungen gewisser Kreise (die jedem bekannt sind) gehen dahin, durch fortlaufende Verdächtigungen und Verunglimpfungen der Gewerkschaftsfunktionäre die Lust in den Gewerkschaften zu verpfeilen, um dann die so geschaffene Atmosphäre zu benutzen, ihre Interessen zu befürchten. Gernach, ihr Leute! So schwer gelingt ein solches Planwerk nicht. Die Verteilung über die gesammelten Gelder ist geprägt und für richtig befunden von den Genossen Matz, Delfs, Emil Evers, Oskar Kusze. Mit Sicherheit glaube ich sowieso, jedem den Nachweis geliefert zu haben, daß in jeder Beziehung erzwangfrei von mir gehandelt ist. Im übrigen wird der Ortsausschuss in seiner nächsten Sitzung auf Grund der ausgestreuten Verleumdungen nochmals zu der Angelegenheit Sitzung nehmen. In dieser Sitzung wird auch über die sonstige Hilfe, die diesen Erwerbslosen erhalten haben, die durch beständige Umstände (Krankheit, Sterbefälle usw.) in großer Not geraten sind, Aussklärung gefasst. Alle Ausküste werden im Ortsausschuss gegeben, niemals aber räume ich auch nur einem Erwerbslosenrat das Recht ein, vor mir Rechenschaft in irgend einer Form verlangen zu können. Die große Aktion, die gewisse Leute mit diesen Verleumdungen einleiteten, wird also verurteilt, sie wird es umso mehr, da man feststellen kann, daß sträfliche Dummheit und Gewissenlosigkeit die Rotschreiber dieser Personen waren. Es kann einen doch der Hund jammern, wenn man sieht, wonit die Verhetzung der eigenen Klassengenossen durch herumspazierende Verleumder und Heger führen. Ist es nicht ein tiefliegender Seelen beißend, daß sich Leute, die für Arbeiter arbeiten, dazu hergeben, Funktionäre der Arbeiterschaft tödlich zu bedrohen? Ist es nicht nahezu zum Vergewaltigen, daß so unklos geht und so systematisch das Vertrauen zu den Gewerkschaften?

## Nachzahlung der Hundesteuer.

Durch Nachtrag vom 8. d. M. zum Gesetz vom 16. Februar 1921, betreffend die Hundesteuer, ist die Hundesteuer rückwärts vom 1. Jan. da. Ja, es erhöht worden. Der erhöhte Steuerbetrag für das Jahr 1922 ist in der Zeit vom 1. bis 15. April 1922 nachzuzahlen und zwar

- a) für einen Hund, der von einem Bewohner der Stadt Lübeck oder ihrer inneren Vorstadt gehalten wird, mit . . . . . M. 100.—
- b) für einen Hund, der von einem Bewohner des übrigen Staatsgebietes gehalten wird, mit . . . . . 45.—

Werden von einer Person oder von Familienangehörigen in einem Haushalte mehrere Hunde gehalten, so beträgt die Steuer bei

- a) für den zweiten und jeden weiteren Hund . . . . . M. 50.—
- b) für den zweiten Hund . . . . . 20.—
- c) für jeden weiteren Hund . . . . . 25.—

Die Zahlung hat unter Vorlegung der ersten Abrechnung zu erfolgen:

- a) für einen Hund, der von einem Bewohner der Stadt Lübeck oder ihrer Vorstadt gehalten wird, bei der Polizei, Mehlstraße Nr. 4, während der Geschäftsstunden von 8 bis 1 Uhr.
- b) für einen Hund, der von einem Bewohner der Polizeibezirk Kronshagen, Schleswig, Dänischburg und Niederschlesien gehalten wird, bei den zuständigen Polizeidienststellen während der bekannten Geschäftsstunden.
- c) für einen Hund, der in den übrigen Landesbezirken gehalten wird, bei dem zuständigen Gemeinderektor während der bekannten Geschäftsstunden.

Hundesteuer, welche den von ihnen gehaltenen Hund nachträglich vor dem 31. März 1922 eingetragen haben, soll vor der Nachzahlung bereit. Von der Abschaffung des Hundesteuern ist dem Polizeiamt unter Berücksichtigung des Sicherheitsamtes schriftlich zu bitten.

Der bis zum 15. April da. je. die Nachzahlung ausgezahlt hat, verfällt in eine in dem gleichen vorgezeichnete Gebühr.

Mittwoch, den 22. März 1922 (15015)

## Das Polizeiamt.

Den Röhren untergraben wird? Wer kann in der Lage, den Funktionären der Gewerkschaften einen anderen Vorwurf machen zu können, als vielleicht den, zu viel Verantwortungsgefühl zu besitzen? Hat bisher auch nur einer sich nicht von seinem Verantwortungsgefühl der Arbeiterschaft gegenüber halten lassen? Wir, die wir an verantwortlicher Stelle stehen, sind uns dessen bewußt, die Zufriedenheit gewisser Kreise der Arbeiterschaft nie herbeiführen zu können, dazu sind wir nicht gewissenhaft genug. Die würden wir nur erreichen, wenn wir die Arbeiterschaft von einem Streik in den anderen hegen würden. Die Zufriedenheit dieser Kreise würden wir nur erreichen, wenn wir zwischenlos genug wären, das Elend der Arbeiterschaft durch unsere Tätigkeit zu vergrößern, statt mit allen Kräften daran zu arbeiten, es zu bessern. So sollen auch diese meine Worte nur den Zweck haben, alle die, von meinen Klassengenossen, die sich Objektivität und Vernunft auch in dieser Zeit bewahrt haben, aufzufordern, den Kampf der Kreise, die sich Kommunisten nennen (sind es doch so wenige sind) den entschlossenen Willen der Abwehr einzugehen. Letzen Endes, Genossen und Genossinnen, geht es ja bei diesen schmucken Kampfesmeister, wie sie jetzt angewandt werden, nicht um die Person, nicht um Dreyer, Haut, Müller oder Schulze, sondern um die Einheit der Gewerkschaften überhaupt. Machen wir uns endlich einmal frei von den unwürdigen Gedanken der Menschen, die sich leider so oft und so gerne in solchem Schmuck, wie ihn Gewissenlosigkeit ausgleicht, wohl fühlen. Glauben wir endlich einmal wieder leichter und lieber an das Gute in und an dem Menschen und bestreben wir uns dadurch selbst von dem Geist des Misstrauens und der Lüge. Das tut not. Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der wird erkennen, daß große Aufgaben zu erledigen sind. Wollen wir es schaffen, dann heißt es aber alle für einen, einer für alle. Dann auch mal mutig vor den Verhältnissen zurückweichen, wenn diese es erfordern. Darauf müssen wir, ohne uns kleine zu machen als wir sind, aber doch offenen Augen auch die Grenzen der Macht der Arbeiterschaft heute erkennen und unsere Maßnahmen danach einrichten. Genossen, seid auf der Hut! Seid in acht! Läßt Lüge und Verleumdung sind tödliche Waffen, deren man sich nur erwehren kann, wenn man sie bald erkennt und sie unbarmherzig vernichtet. Mein unverlässlicher Optimismus ist auch durch den neuesten Anschlag gewisser Kreise nicht erschüttert. Die Lübecker Arbeiterschaft hätte Ursache, ihr wachsame Augen auf mich zu richten, wenn ich mit das Lob der Kommunisten ertragen hätte. Heute, wo sie mich beeindrucken und verunsichern, weiß ich, daß ich auf dem rechten Wege bin. Auf diesem Wege zu bleiben ist meine erste Aufgabe. Es lebe der Kampf!

Alfred Dreyer.

Heute Selbstverwaltung der Schule und Elternbeiräte werden am Donnerstag, dem 30. März, abends 7½ Uhr, in den Zentralhallen in einer öffentlichen Volksversammlung die Herren Klinemann und Rollerstedt sowie Hel. Thies aus Hamburg sprechen. Der Lübecker Lehrerverein gibt hier Gelegenheit, Urteile aus herzlichem Munde zu hören. Der Senat, die Bürgerschaft und die Oberaufsichtsbehörde sind zu dieser Versammlung eingeladen. Die Wichtigkeit dieser Freizeit erwartet einen regen Besuch dieser Versammlung.

Mutterabende. Es finden Mutterabende statt am 29. März 1922, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße, Vortragender: Dr. Insel, und am 1. April 1922, abends 7½ Uhr, in der Halle des Museums am Falckenplatz. Vortragender: Prof. Dr. Pauli.

## Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Donnerstag letztes Auftreten von Anna-Lisa Mattoni in "Tosca". Am Freitag wird erstmalig das Hauptmärchen "Und wieder tanzt" wiederholt. Sonnabend zum ersten Mal die reizende Operette von Karl Zeller: "Der Vogelhändler". Am Vorberichtung befindet sich in der Oper: "Beatrice und Benedikt". Der Trompeter von Säffingen", "Königskinder". Im Schauspiel: "Wilhelm Tell", "Weg nach Damaskus", "Schneide-Wipfel".

Stadttheater. Heute, Mittwoch: geschlossene Vorstellung. Donnerstag: "Das Jungfernritt". Freitag als vollständige Vorstellung zu halben Kassenpreisen: "Die spanische Nachtigall".

Augsburg der Lübecker Altershilfe geht am Donnerstag, dem 30. März im Kolosseum, unter Spielleitung des Oberregisseur Benthin, das Charakterstück "Die Grille" von Charlotte Birch-Benders in Szenen mit Sonnenlagen im 3. Bild. Hoffentlich kann durch recht zahlreichen Besuch den armen noideindenden Alten eine reiche Spende zugetragen werden.

2. April, den 28. März 1922. (15003)

## Bekanntmachung.

Während des Sommerhalbjahres (1. April bis 15. Oktober 1922) sind die Gewerkschaftsräume des Landesverwaltungsrates an allen 6 Wochenrängen von

7½ Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

2. April, den 28. März 1922. (15003)

## Das Landesverwaltungsrat.

Vom 1. April ab sind werktäglich geöffnet: Die Gerätschafft von 8 bis 1 Uhr.

Des Gerätschafft von 8 bis 2 Uhr.

(15033)

Am Montag verzögert nach früher, schwerer Krankheit meine liebe Frau, meiner Kinder treuvergängende Mutter

Elisabeth Sieling

geb. Leckterstorff

Ja, lieber Trauer

F. Sieling

zur Kinder

nebst Angehörigen.

Dudenburg 27.3.22

Zusammen mit dem

Zeitung, nachmittags

4 Uhr in der Gazette.

(15014)

Ein Kupferdruck mit

15.31 Seitenzettel 41 I

Reiterbündin zu verkaufen.

15.019 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.018 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.017 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.016 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.015 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.014 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.013 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.012 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.011 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.010 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.009 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.008 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.007 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.006 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.005 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.004 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.003 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.002 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.001 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.000 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.009 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.008 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.007 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.006 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

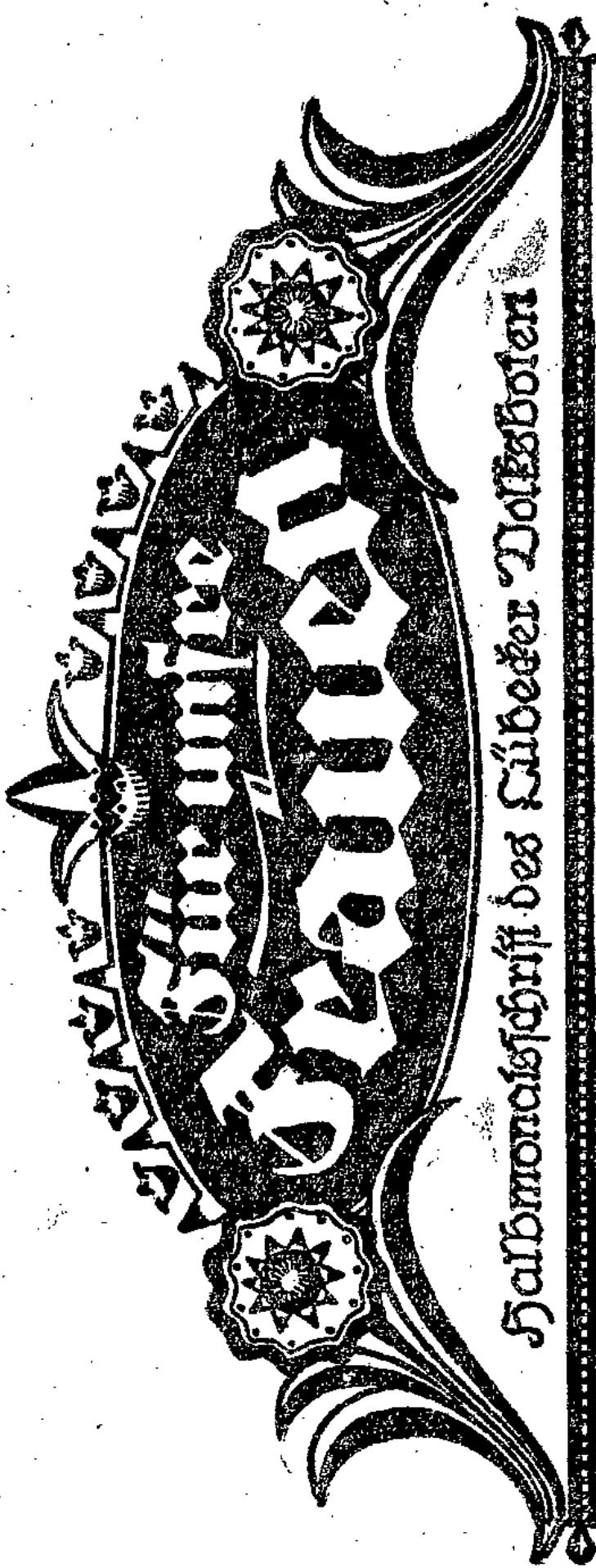
15.005 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.004 Engelsstraße 21/4.

Reiterbündin zu verkaufen.

15.003 Engelsstraße 21/4.



## **Schulmonatschrift des Südböhmischen Gymnasiums**

Göttinger Hefte, 29. Jahrgang.

ବିଜ୍ଞାନ

Leich an der doppelten Belegung des Lebensmittelbelages  
sympathischen Hervengefäße, die überall wirken) klare  
Gewicht werden, deren wehrtige Gespensterfingerchen für  
die einfache Reisbarkeit und innere Serrationstätigkeit der  
Zelle bis zum Aufleuchten töntiglicher Mitterde in unserer

**Die schlafen zu wenig.**

Der Schaf ist ein offener Zustand unseres Nerven-  
rechenismus. Er tritt ein, wenn eine Hemmung einer  
Synapsen, welche das Bewußtsein für Zeit und Raum er-  
laubt, dafür das Gefühl aber zum Beispiel intakt  
bleiben läßt. Um alle Nervenapparate liegt ein Sollotionsgespinst  
um jeden unserer elektrischen Drähte. Diese Hem-  
mung garantierenden Gewebe sind teils stabil, definitio-  
nsgemäß unverrückbar automatisch oder sie können inie-

**Heiteres.** Münd der Trümmer. Der kleine Franz steht mit seiner Mutter am See. Frechste.

„Sieh nur, Mutter,“ sagt der Gräzler zu „es tut ihr wohl  
hier wieder leid?“

Geschäftliche Ehe. Er: „Der Mantel steht mir entzündlich, ließe  
mich!“ — Sie: „Psui, und ich hatte mich so darauf gefreut,  
dass du dich darüber ärgern würdest!“ — Sie: „Geht du wieder  
nach Hause, Richard? Du glaubst nicht, wie langweilig es abends zu  
hause ist!“ — Er: „Doch, dorum gehe ich ja weg.“ — „Man sieht  
doch, wie es so festen mit Ihrem Gatten, Frau Sommer!“ — „Ja,  
nun kann ich bestens für ein großes Konfettionsgeschäft  
verwenden.“ — „Sie Vermüte, das denne ich mir schrecklich!“ — „Sie  
hätten nur aller drei Monate auf vierzehn Tage nach  
Hause.“ — „Sie Vermüte, das denne ich mir schrecklich!“ — „Sie  
hätten nur die vierzehn Tage vorüber und  
hätten wieder leid?“

**Beijehdenheit.** Sie: "Der Mann, den ich heiraten würde, müßte tapfer sein wie ein Löwe, aber nicht brutal. Er müßte ähnlich wie ein Gott sein, aber nicht eingeschüchtert, hiliger als alle Heiligen, aber sanftmütig wie ein Kind, er müßte zu allen Damen freundlich sein, aber für sie nur mich lieben." — Er: "Wo, Fräulein, was'n Gaudi, daß wir uns getroffen haben. Die falsche Münze." Frau Meier ergöhlt mit Geister, Schulges hätten Drittlinge besommen, Ich dachte, Ich könnte es behende hier in der Zeitung finden — aber es steht nichts drin! Wozu suchst du denn — unter Familienanträgen? — "Ja, wo denn sonst?" — „Hun, Drillinge, das gehört doch schon unter

**Dienstleifer.** „Auf schmaler Parkstraße reit ein Auto daher, ein Fräulein, das rasch austreichen will, rettet sich auf den Radeln. Das gibt einem stolztreuen Schuhmann erbärmliche Gelegenheit, aufzuschreiben. Das Fräulein empört sich: „Wenn mich aber das Auto überfahren hätte!“ — Darauf der Schuhmann in unterschärferlicherem Dienstleifer: „Dann hätte ich eben den Chauffeur notiert.“

ver Geschlechtsinstinkt kam selten zu Worte. Der Geschlechtsinstinkt des Weibes ist aber sehr viel reicher als der Mannes. Jedenfalls fühlt der Frau eine Trennung Liebe und Segnungsstätte sehr viel schwerer als dem Mann. Es leicht fertig bringt, daß er die eine liebt, die heiratet, daß er die eine unheimlich in überirdischer und zur andern ihn seine sinnliche Leidenschaft zieht und die Frau auf segnendem Gebiete frei entfießen kann die wirtschaftliche Unabhängigkeit von ihnen genommen wird jede Frau auch befreit ein, ihren Kindern Vater zu wählen, von dem sie die Kinder in Liebe eugen kann. Die größte Mehrzahl der Kinder werden im Liebe empfangen, getragen und geboren, sondern dann die Frau soll einen Beruf ausüben, weil ihre Erfahrung, ihre geistige und seelische Entwicklung Einfluß auf die geistige und seelische Entwicklung der Kinder ausübt als der Geschäftsrat der Mutterhausfr

## Beruf und Ehe.

In dem ganzen System des Kapitalismus ist die wirkliche Tiefbedecker das bestimmende Moment. Erst nach der Niederwerfung des Kapitalismus wird die Frau wirklich frei werden. Aber auch dann muß die Frau im sozialen Organismus Werte für die Allgemeinheit schaffen, wenn sie als gleichberechtigtes Glied der Gemeinschaft gelten will. Die Frauen müssen immer bessern eingedens sein, daß ihre wirkliche Geschlechtertugung, ihre Befreiung aus wirtschaftlichen Fesseln erst mit dem Sieg des Sozialismus kommen kann. Die Frau muß um ihrer selbst willen, um ihres Charakters und ihrer geistigen Entwicklung willen daran arbeiten, einen Platz im Wirken der Allgemeinheit einzunehmen. Durch einen Beruf wird die Frau jene Güter von Lebenserfreitung sammeln, die an den meisten Frauen

Die einzelnen Zeitumst tze, einen Lebewohl aber das Geschlecht erhalten; sie wird ihre Neigung zu perspektivischer R點hterei, zur Kleinfertigkeit usw. nur uberm nden lernen, wenn ihr Geist sich mit gr oferen Dingen beschäftigt.

Bezeichnend ist heute schon der Unterschied zwischen der beruflich tätigen Frau und der Nur-Hausfrau. Erstere hat unter der heutigen unorganisierten Haushaltarbeite sicherlich viel schwerer zu leiden, weil sie daneben noch einen Beruf ausf llen soll, und doch ist nichts auftallender als dieser Unterschied. Das Leben der im Hause wirtschaftenden Frau wird von ewigen kleinen Sorgen geprüft, und das spiegelt sich in ihrem ganzen Wesen. Auch das Gesicht der beruflich tätigen Hausfrau spiegelt die Sorgen wider, aber sie beherrsch't sie; sie weiß, d ss es mehr und höheres gibt als die vielen kleinen R ntterliche um die Betorgung des Haushalts. Sie mußte es lernen; wie fürchte sie sonst ihrer viel schwereren Aufgabe gerecht werden.

Die Frau muß vor allem tragen und hören will. Sie wollen vollkommen frei sein. Die Frau, die von ihrem Mann abhängig ist, die sich täglich vorsagen muß: Er ist mein Erzieher, wird er mir auch den neuen Hut oder das neue Kleid kaufen? usw., die f ch vor dem Mann f chten sich recht gut an, aber in der Praxis hat es einen großen Unterschied gemacht, wenn sie sagen: "Frauenberuf und Ehe sind Hafen", werden viele sagen.

Wenn die Frau dem Erwerb nachgeht, muß der Haushalt notwendig vernachl sstigt werden, bis Bequemlichkeit des Mannes, das Familienglück leidet. Die wichtige Beruf der Frau, der als Mutter, ist nun einm nd nicht vereinbar mit andern Berufen als mit dem beruflichen Hausfrau!

Sie die diese Einwände sind nicht unberechtigt, namentlich bei der heutigen Haushaltserganization.

Die Frauennest wurde in zwei Hälften geteilt: in mutterschaftslose Arbeitnehmerinnen und in berufstätige M utterfrauen. Beide werden durch die Witte zu haben, unfreien und unreisen Menschen gekempft. Der Grundsch: Beruf oder Ehe, Witte oder Mutterhaft, handelt unverantwortlich an der Entwicklung der Frauennest, am gesamten Volkswohl.

Aufgaben der modernen Kultur, der zukünftigen Wirtschaftsordnung ist es, hinreichende und entsprechende Arbeitsgebiete für die Frau zu finden und die Witte so einen Flecken, d ss sich die Mutterhaft mit ihr verträgt.

die sich auf die Läden und Kürzle ihres Weibes gäng  
einfesten muß, diese Frau kann nicht frei sein, und ihr  
eigener Gesensfern, den sie doch auch einmal hatte, geht  
daher gänzlich verloren.

Die Frau muß auch unter der Rinderei willen danach  
streben, einen Platz im Wirtshaus der Bürgemeinheit einzuge-  
nehmen. Bisher hat der Mann auf sorgfältigem Gebet die  
Herrlichkeit geführt und die Regeln dictirt: Die Frau müste  
unverfahren, unwissen und abhängig seim; ihr eigener inner-  
Gut Rad gebrochen! — Da liegt das Heu . . .  
Da liegt der Wagen . . . und nebenbei  
Ein blaßes, schwächtiges Dirnchen steht,  
Das heulend die Zügel der Schürze dreht.  
Was willst denn?" Ich streiche ihr sonst das Geißfuß  
Da zeigt's auf den rießen Kragen und spricht:  
Das ditternde Stimmen von Schlügen verrathen;  
„Sie sagen, ich hätte ihn umgeschmissen.“

\* Wir entnehmen diesen Artikel dem vorzüglichen Blattlein  
**Das Eheproblem** von Dr. Sophie Schäffer, Verlag J. G.  
W. Dietsch, Buchhandlung Stuttgart. Der Preis des Buches  
12 Mark.

